

Pressestelle

**Claudia Beck**

Fraktionsgeschäftsführerin  
Pressesprecherin  
Franz-Josef-Röder Str. 7  
66119 Saarbrücken  
Telefon: 0681/5002 509  
Mobil: 0171/47 57 934  
c.beck@landtag-saar.de

## Entscheidung über Laufzeitverlängerungen nicht ohne Beteiligung des Bundesrates

*Planungen der Bundesregierung, die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken ohne Beteiligung des Bundesrates zu beschließen, erteilte die stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Landtagsfraktion, Claudia Willger-Lambert eine klare Absage.*

„Die Bundesregierung sieht ihre Mehrheit im Bundesrat schwinden und versucht daher, ihre unsägliche Entscheidung auf andere Art und Weise durchzudrücken. Was die Bundesregierung dabei immer noch nicht erkennen will, ist, dass sie nicht nur gegen die Mehrheit der Stimmen der Bundesländer agiert, sondern auch in der breiten Bevölkerung keinen Rückhalt für die Laufzeitverlängerung hat.“ so Willger-Lambert. Hier nun irgendwelche juristischen Winkelzüge zu planen, sei ein unwürdiger Umgang mit der ganzen Thematik. Willger-Lambert: „Der Atomausstieg ist ein Kompromiss, der im Jahr 2000 auch gemeinsam mit den Energieversorgern geschlossen worden ist. Dieser Konsens hat eine breite gesellschaftliche Basis. Es gibt keine nachvollziehbaren Gründe, diesen Konsens jetzt aufzukündigen.“

Sollte die Bundesregierung an ihren Planungen festhalten, müsse sie für eine Änderung der Laufzeiten die Zustimmung des Bundesrates einholen. Durch eine Verlängerung der Laufzeiten würden die Bundesländer in mehrfacher Hinsicht belastet, so dass sie an der Entscheidung auch beteiligt werden müssten. Willger-Lambert: „Es wird sich für die Bundesländer ein ordnungspolitischer, organisatorischer und auch finanzieller Mehraufwand ergeben. Darüber kann die Bundesregierung nicht im Alleingang entscheiden.“. Der Fall der Laufzeitverlängerung sei anders zu bewerten als der Atomkonsens von 2000, der ohne Beteiligung der Bundesländer beschlossen werden konnte. „Vom Einstieg in den Ausstieg waren die Länder positiv betroffen. Ihnen ist dadurch kein Mehraufwand entstanden. Das ist beim Ausstieg aus dem Ausstieg anders.“ so Willger-Lambert abschließend.